



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XI/2 - 3.1.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

## Die Lehre aus Frankreich

sp - Die westliche Welt hat allen Grund, über das Ergebnis der Wahlen in Frankreich bestürzt zu sein. Einer der wichtigsten Eckpfeiler des atlantischen NATO-Systems ruht nunmehr innenpolitisch auf schwankenden, von Links- und Rechts-Extremisten stets gefährdeten Säulen. Mit einem Gewinn von über 50 Mandaten und in einer Stärke von 51 Sitzen ziehen die französischen Kommunisten in das Palais Bourbon ein und M. Pierre Poujade, die Verkörperung des wildgewordenen Spiessers, wird im kommenden französischen Parlament ebenfalls fast 50 Anhänger um sich scharen können. 200 von den 544 Abgeordneten, die aus dem französischen Mutterland kommen, fallen damit für die ernsthafte parlamentarische Arbeit mehr oder weniger aus. Übrig bleibt eine in sich von bitteren persönlichen und sachlichen Gegensätzen zerrissene Mitte.

Dem deutschen Betrachter drängen sich Vergleiche mit der Situation am Ende der Weimarer Republik geradezu auf. Damals gerieten in Deutschland die staatstragenden Parteien unter das mörderische Trommelfeuer von Nationalsozialisten und Kommunisten, denen schliesslich die Republik nicht gerade ruhmvoll unterlag. In Deutschland herrschten damals Arbeitslosigkeit und allgemeine wirtschaftliche Not, die den Radikalismus beider Seiten den Weg ebneten. In Frankreich aber haben die extremen Parteien in einer Zeit wirtschaftlicher Blüte einen durchschlagenden Erfolg errungen. Das macht ihn besonders gefährlich, zwingt aber auch zu der Frage, wie das geschehen konnte.

Sicherlich äussert sich darin auch der Unkut über die willkürliche Manipulierung von Wahlgesetzen, die bestimmten, von den Schöpfern der Wahlgesetze bevorzugten Parteien eine dauernde Machtstellung verschaffen sollten, welche zu ihrer tatsächlichen Stärke und der politischen Wirklichkeit im offenen Widerspruch stand. Vertrauen aber schafft man nicht mit ausgeklügelten Wahlgesetzen, sondern nur durch Leistungen. Es war das Bestreben von Mendès-France und der mit ihm in der Republikanischen Front verbündeten Gruppen, Frankreich aus dem Zustand der Lethargie, der sozialen Passivität und der Erstarrung herauszuführen. Die französische Rechte, wie so manche Rechtspartei in Europa, verschloss sich aber diesem Drang nach notwendigen Reformen und bekämpfte ebenso erbittert wie kurzzeitig die Kräfte, denen jede Unterstützung hätte zuteil werden müssen.

Das Ergebnis konnte nicht ausbleiben. All das aufgestaute Unbehagen kam nun den antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Parteien zugute. Die Lehre aus den französischen Wahlen liegt auf der Hand: Wer sich weigert, den sozialen Erfordernissen unserer Zeit seinen Tribut zu zollen und sich hartnäckig an Ordnungsbilder der Vergangenheit klammert, öffnet nur die Bahn einem Radikalismus, von dem man genau weiss, wohin er führt.

Faures Rechnung ging nicht auf

b.v.Paris

Die Parlamentswahlen, die am Montag in Frankreich stattfanden, werden dem Lande nach der am Dienstag vorherrschenden Meinung nicht die von der Regierung Edgar Faure angestrebte breite und sichere Basis für ein Koalitionsministerium der Rechten bieten. Obwohl zu der Stunde, in der dieser Bericht herausgeht, die endgültigen Ziffern noch nicht vorliegen, sind drei Folgen der Wahlen bereits deutlich erkennbar, die die Politik Frankreichs zweifellos aufs stärkste beeinflussen werden. Die erste dieser Folgen ist ein erheblicher Gewinn der Kommunistischen Partei; die zweite ist die Zerschlagung der ehemaligen gaullistischen, im allgemeinen nach rechts ausgerichteten Sozialrepublikanischen Partei; die dritte ist der Einzug der sogenannten Poujade-Gruppe ins Parlament, einer Partei ohne Programm, die während des Wahlkampfes mit den wütesten Mitteln die Versammlungen anderer politischer Parteien gestört und hierbei die gleichen Methoden angewandt hat, die in den zwanziger Jahren von den deutschen Nationalsozialisten bevorzugt wurden. Der Anteil der Poujade-Abgeordneten geht weit über das hinaus, was man im allgemeinen geschätzt hatte.

Die auf Verlangen der Regierung um sechs Monate vorverlegten Wahlen wurden nach einem System durchgeführt, das von der Mehrheit des vorigen Parlamentes abgelehnt worden war. Die Regierung aber hatte es eilig. Ihr Bestreben war es, die gemässigte Linke zu dezimieren, zu der die Sozialisten sowie die Radikale Partei des früheren Ministerpräsidenten Mendès-France und einige kleine Gruppen gehören. Es ist der Regierung zwar - was allgemein vorausgesagt wurde - gelungen, diesen Parteien Verluste beizubringen, wenn auch nicht entfernt im erhofften Masse. Aber es wurde ebenso vorausgesagt, dass die Rechte, die als gemässigt bezeichnet wird, und ebenso die mit ihr verbündete katholische Partei der Volksrepublikaner (MRP) diese dem Gegner beigebrachten Verluste teuer bezahlen werde. Die Regierung schlug jedoch alle Warnungen in den Wind. Ministerpräsident Edgar Faure und Außenminister Antoine Pinay wollten unter allen Umständen die vorverlegten Neuwahlen und erreichten ihr Ziel durch Auflösung des Parlamentes. Die neue Volksvertretung wird nun mit Extremisten jeder Richtung

geradezu gespielt sein. Vor allem der Wunsch, der gemäßigten Opposition keine Zeit zur Vorbereitung der Wahlen zu lassen, hat zu diesem Ergebnis geführt.

#### Der neue Ton des M. Fougade

Gleichzeitig wird in das neue Parlament ein neuer Ton einziehen. Die Anhänger des Papierwarenhändlers Pierre Fougade haben nicht die Absicht, die Rolle ehrwürdiger Herrschaften zu spielen. So wie sie die Versammlungen ihrer Gegner - und sie sind die Gegner aller anderen Parteien - durch Raudauinstrumente und tätliche Angriffe störten, wollen sie auch im Parlament mit Methoden aufwarten, die bisher ungewohnt waren. Fougade und seine derten Anhänger haben nach bewährtem Vorbild allen Wählern alles versprochen und ihre Devise "Gegen den Steuerstaat" in jeder Weise variiert. Sie wollen nicht zur Rechten und nicht zur Linken gerechnet werden.

Zu welcher Richtung man sie auch rechnet - Tatsache ist, dass die Regierung sich verrechnet hat. Sie wollten den Parteien der Mitte schwerste Verluste beibringen und sie hat dieses Ziel nicht erreicht. Ihr einziger Erfolg ist eine gewisse Stärkung der gemäßigten Rechten und eine gewaltige Zunahme aller extremen Elemente. Das ist das gefährlichste Ergebnis dieser Wahlen. Gleichzeitig hat die Regierung das erreicht, was sie vermeiden wollte, eine Kräftigung der politischen Situation jener Republikanischen Front, die Mendès-France mit Hilfe der Sozialisten aufgestellt hat.

Schon in der Nacht zum Dienstag, als sich die Ergebnisse der Wahl abzeichneten, fragte die rechts eingestellte Zeitung "L'Aurore", welche Art von Regierung sich wohl aus den Wahlen ergeben werde. Ihre Antwort war: Man wird die Bindungen wieder zusammennähen und erneuern müssen, die während der Wahlkampagne in allzu heftiger Weise zerrissen wurden. Mit anderen Worten: Man will bzw. man muss sich mit den Verbänden, die man vernichten wollte, von einer breiten, sicheren Regierungsbasis, wie sie von Faure und Pinay angestrebt wurde, kann demnach nicht die Rede sein.

+ + +

Gruss an Indien

von Hellmut Kalbitzer, KdB.

Wir begrüssen die Reise Visekanzlers Blücher nach Indien. Nachdem der Bundeskanzler mehrere Male die USA und andere Westländer besuchte und 1955, wenn auch mit gemischten Gefühlen, der Sowjet-Union einen Besuch abstattete, werden jetzt auch mit Indien als dem grössten Land, das sich nicht in die russische und amerikanische Blockpolitik einspannen liess, die Beziehungen enger geknüpft. Man hat Indien und andere Länder, weil sie sich weigerten, in das Pokrustes-Bett der Blockpolitik einspannen zu lassen, in abschätzigem Sinne als neutral bezeichnet, obwohl Indien stets für friedliche Regelungen und die Freiheit unterdrückter Völker eingetreten ist. Der moralische Kredit der Neutralen ist jedoch um so mehr gestiegen, als sich beiden Seiten die Einsicht aufzwingt, dass das starre Blocksystem nur in der Weltkatastrophe eines Atomkrieges enden könnte.

Es hat im letzten Sommer Befremden hervorgerufen, als der indische Ministerpräsident Nehru auf einer Europareise, die ihn über die Bundesrepublik führte, nicht vom Bundeskanzler begrüsst wurde. Bisher ist die Unterhaltung des Oppositionsführers mit Nehru während eines Besuches in London die einzige Fühlungnahme der deutschen politischen Spitze mit der indischen Regierung gewesen; sie gab Gelegenheit, Indiens Meinung zur weltpolitischen Lage zu erfahren und unser Anliegen nach Wiedervereinigung zu begründen.

Die Freigabe Indiens 1947 war eine der klügsten politischen Taten der Nachkriegszeit und ein Beweis, dass moralische Kräfte und vernünftige Einsicht Weltgeschichte machen können: die moralische Kraft Ghandis paarte sich mit dem Willen der britischen Labour-Regierung, den Kolonialismus zu überwinden.

Der Abzug der britischen Truppen löste freilich Religionskämpfe aus, die zur Spaltung des indischen Subkontinentes in das jetzige Land Indien mit 370 Millionen Einwohnern, und das mohammedanische Pakistan mit 76 Millionen Einwohnern führten. Das Flüchtlingselend als Folge dieser Wirren übertrifft das deutsche bei weitem. Auch an anderen Enden dieses Riesenlandes gibt es Schwierigkeiten, die den europäischen in nichts nachsteher. Am bekanntesten ist der Streit um die 400 Jahre alte portugiesische Kolonie Goa. Nach historischem

Kolonialrecht portugiesisch, ist es für Indien unzweifelhaft ein Teil des eigenen Landes, das nur von einem anderen europäischen Land widerrechtlich besetzt ist.

In den wenigen Jahren der Selbständigkeit des Landes hat es die indische Politik verstanden, ohne grosse Militärmacht eine führende Rolle in der Weltpolitik einzunehmen. Nie ist das deutlicher geworden, als in den letzten Monaten.

Aber die Wirtschaftsnöte Indiens sind gross, wie das Land selbst. Am Ende der Kolonialherrschaft hatte Indien zwar mehr Industrie und Eisenbahnen als andere tropische Länder, aber die Bevölkerung hat in den letzten 100 Jahren schneller zugenommen als die Arbeitsplätze. Die Not der breiten Massen ist unvorstellbar. Indien macht entscheidende und erfolgreiche Anstrengungen, seine Wirtschaft zu entwickeln, wobei es die Unterstützung westlicher Länder erhält. Die wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik haben sich auf das glücklichste entwickelt. Aber es gilt nicht nur, die bisher bestehenden Verbindungen zu verstärken, sondern die deutsche Wirtschaftskraft auch helfend einzusetzen. Hierin kann die Bundesrepublik noch aktiver werden als bisher.

Die deutsche Öffentlichkeit würde es freudig begrüessen, wenn die Bundesregierung Premierminister Nehru zu einem Gegenbesuch bewegen könnte, denn er ist ein zuverlässiger Freund des Friedens, der Freiheit und der Einheit der Völker. Wer könnte sich einen solchen Freund mehr wünschen als wir?

+ + +

Zum Zerreißen gespannt

R.A., Kiel

Die schleswig-holsteinische Bauernschaft ging mit Sturm - um nicht zu sagen mit offenem Aufbruch - in das neue Jahr. In den letzten sechs Wochen haben mehrere Protestversammlungen eines Vereins für Agrarwirtschaft stattgefunden, hinter denen politisch weit rechts orientierte Kreise der DP stehen. Unentwegt und schroff wurde von Bundeskanzler Adenauer die Abberufung Bundesernährungsministers Lübke gefordert und die Landwirtschaftspolitik der CDU verdammt. Die letzte grosse Protestversammlung fand in Itzehoe in gleicher Saale statt, aus dem die revoltierenden Bauern in den zwanziger Jahren zum Sturm und Bombenwerfen auf die Finanzämter der Westküste auszogen.

Die Situation im Schleswig-Holsteinischen Bauernverband ist zum

Zerreissen gespannt. Gegen die Führung dieses Verbandes wird von den Männern des Vereins für Agrarwirtschaft heftige Kritik wegen des nicht ausreichenden Eintretens für die landwirtschaftlichen Forderungen des landwirtschaftlichen Grundgesetzes erhoben. Dabei ist der Bauernverband seit Jahren in Händen rechts stehender CDU-Grossbauern, an deren Spitze der CDU-Bundestagsabgeordnete Detlev Struve steht. Aber Struve erscheint den neuen Leuten noch nicht radikal und rechts genug.

Um nun die Einheit des Bauernverbandes zu wahren und das Abwandern von der CDU zur DP zu bremsen, hat Struve, nach Rücksprachen bei Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident von Hassel, durch den Verband zur Urabstimmung über einen Käuferstreik auffordern lassen. Diese Urabstimmung wird in dieser Woche unter den 40 000 Mitgliedern des Bauernverbandes in Schleswig-Holstein sozusagen als "genehmigter Protest" beginnen.

Es gibt in der Tat besonders im marktfernen Schleswig-Holstein bedeutende Sorgen der Landwirtschaft. Die Vernachlässigung der Zonengrenzländer durch die Bundesregierung trifft nicht zuletzt die Rentabilität der Höfe in diesen Gebieten. Nicht ohne Grund fordert die Opposition im Kieler Landtag von der massgeblich regierenden CDU seit Jahren Gerechtigkeit für Schleswig-Holstein.

Hier ist es gut, sich nun an die Rolle einiger Grossbauern und Gutsbesitzer an der Spitze des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes zu erinnern, die zur Steuerung ihrer Bauernrevolten dringend Verbündete benötigten. Detlev Struve mit seinen Männern war es, der mit Hilfe der rechten CDU und der DP in Schleswig-Holstein die Landarbeiter aus der paritätischen Mitbestimmung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung herausdrängte. Vor acht Jahren gab die Landesregierung des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bruno Diekmann den Bauern und Landarbeitern in der Landwirtschaftskammer gleichberechtigt Sitz, Stimme und Mitverantwortung. Detlev Struve aber übte mit seinem Kreis vier Jahre später auf die rechte Mehrheit des Kieler Landtages einen Druck aus, worauf die Regierungsparteien CDU, DP und BHE den Landarbeitern diese Rechte und Pflichten wieder fortnahm. Die Opposition warnte damals vor dieser "Herrenmassnahme", die durch nichts gerechtfertigt war und das demokratisch zuverlässige Element verdrängte. So muss demein Mann, der Wind säte, Sturm ernten - und schliesslich erkennen, dass der letzte Erfolg des Eindringens der Landarbeiter die Spaltung und Radikalisierung des Bauernverbandes sein wird. + + +